

übrigbleibt und in zehn Jahren niemand mehr sagen kann: Dort hat früher unser gnädiger Herr gewohnt! (Heiterkeit und Beifall.)

Es ist richtig, was die Sachsen, die Thüringer und die brandenburgischen Selbstverwaltungsorgane gemacht haben, sie haben auch die alten Grundbücher vernichtet. Jawohl, nicht einmal die alten Grundbücher, nicht ein Stück Papier vom früheren Großgrundbesitz darf übrigbleiben. (Beifall.)

Wir sind überzeugt, wenn faschistische und reaktionäre Kräfte noch Hoffnungen haben sollten, bei der künftigen Einheit Deutschlands ihre Positionen irgendwie zurückbekommen zu können, so werden die Arbeiterklasse, die Bauernschaft, die fortschrittliche Intelligenz gemeinsam das, was sie erkämpft haben, mit allen Mitteln verteidigen. (Lebhafter Beifall.) Dieses Beispiel wollen wir dem werktätigen Volk im Ruhrgebiet, in Bayern, an der Wasserkante, im Württembergischen geben, und mir scheint, daß dieses Beispiel doch eine große Wirkung haben wird.

Entweder das Volk oder die Konzernherren

Wenn wir in der sowjetischen Besatzungszone die Aufgabe der Steigerung der Arbeitsproduktivität stellen, so bedeutet das nicht, daß man diese Aufgabe auf andere Gebiete Deutschlands einfach übertragen kann. Wir haben die Grundlagen einer neuen Ordnung gelegt, aber in Westdeutschland bestimmen die Konzernherren. Dort ist die Politik der Arbeiterklasse und der antifaschistischen Kräfte eine andere als gegenwärtig unter den Bedingungen des Aufbaus einer fortschrittlichen demokratischen Ordnung in der sowjetischen Besatzungszone. In den Gebieten West- und Süddeutschlands — das wurde von den Diskussionsrednern sehr richtig herausgearbeitet — steht zunächst die Aufgabe, den Kampf gegen die Not zu führen und die Grundlage für die neue Ordnung zu schaffen. Dort ist also die Aufgabenstellung eine andere als in der sowjetischen Besatzungszone. Man kann in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands nicht die Frage der Mehrproduktion stellen, solange nicht die Werktätigen über die Großbetriebe bestimmen, solange es kein Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte und Gewerkschaften gibt, solange die Betriebe der Konzerne und sonstigen Kriegsverbrecher in den Händen der alten Herren sind. Solange steht nicht die Aufgabe der Produktionssteigerung, sondern die Aufgabe des Kampfes gegen die Schädlinge am deutschen Volkskörper. (Beifall.)